

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 26. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. September 2010, 12 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

### **Fehlende Abgeordnete**

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Olaf Schulze (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012</b>	<b>4</b>
Gesetzentwürfe der Landesregierung Drucksachen 17/740 und 17/741	
<b>Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/803	
Antworten der Landesregierung auf die Fragen der	
CDU-Fraktion	Umdruck 17/1202
SPD-Fraktion	Umdruck 17/1203
FDP-Fraktion	Umdruck 17/1204
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 17/1205
Fraktion DIE LINKE	Umdruck 17/1206
SSW-Fraktion	Umdruck 17/1207
<b>Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung</b>	
hierzu: Umdruck 17/1046	
<b>2. Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 12:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012**

Gesetzentwürfe der Landesregierung  
Drucksachen 17/740 und 17/741

(überwiesen am 8. September 2010)

**Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/803

(überwiesen am 8. September 2010 zur abschließenden Beratung)

Antworten der Landesregierung auf die Fragen der	
CDU-Fraktion	Umdruck 17/1202
SPD-Fraktion	Umdruck 17/1203
FDP-Fraktion	Umdruck 17/1204
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 17/1205
Fraktion DIE LINKE	Umdruck 17/1206
SSW-Fraktion	Umdruck 17/1207

**Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung**

M Wiegard führt in Einzelplan 11 ein. Grundlage der Ausgabeplanung sei die Entwicklung der strukturellen Einnahmen. Die Steuereinnahmen im Jahr 2010 lägen bei 6,1 Milliarden € und damit rund 700 Millionen € unter dem Niveau des Jahres 2008, das man erst wieder 2013 erreichen werde. Im Jahr 2011 rechne man mit einem Anstieg der Steuereinnahmen auf

6,2 Milliarden, im Jahr 2012 auf 6,5 Milliarden €. Die Zinsausgaben betragen 2011 etwa 1 Milliarde und 2012 1,1 Milliarden €. Eine Erhöhung des Zinssatzes um einen Punkt bedeute einen Anstieg der Zinsbelastung um 45 Millionen €. Die Versorgungsleistungen stiegen 2011 auf 920 Millionen €, die Zahl der Versorgungsempfänger werde in den nächsten beiden Jahren von 28.000 auf über 30.000 ansteigen. Die Finanzplanung hänge wesentlich von der bevorstehenden Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Grundlagen für das Konjunkturbereinigungsverfahren, der Höhe des strukturellen Defizits und dem Jahresabschluss 2010 ab. Dann könne der tatsächliche Abbaupfad bis 2020 definiert und die Finanzplanung auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung jährlich fortgeschrieben werden.

Abg. Heinold möchte wissen, inwieweit die Ministerien die Einhaltung der Budgets durch Rückgriff auf Sondereffekte, wie zum Beispiel die Auflösung einer Rücklage, beabsichtigten.  
- M Wiegard sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Abg. Heinold fragt den Finanzminister unter Bezugnahme auf die Beratungen der Haushaltsstrukturkommission, wie die Budgetplanung für die einzelnen Ressorts bis 2020 aussehe.

M Wiegard entgegnet, die Finanzplanung definiere auf transparente Weise das Ziel und den Rahmen für die Haushaltspolitik der nächsten Jahre; eine Haushaltsplanung 2013 bis 2020 bleibe zukünftigen Haushaltsgesetzgebern überlassen. Es gebe keine mit den Ressorts abgestimmte Budgetplanung über den Zeitraum 2011/12 hinaus, sondern nur für Teilbereiche Modellrechnungen des Finanzministeriums, die nie Gegenstand einer Kabinettsberatung gewesen seien. Eine Detailplanung bis zum Jahr 2020 sei auch gar nicht möglich, weil sich die heute zugrunde gelegten Parameter und prognostizierten Entwicklungen im Laufe der Zeit mit Sicherheit veränderten.

VP Dopp macht darauf aufmerksam, dass die gemäß Artikel 59 a Abs. 2 LV abzugebende Stellungnahme des Rechnungshofs zur jährlichen Planung der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits erst im nächsten Jahr vorgelegt werden könne.

Abg. Heinold möchte wissen, ob es noch Unterlagen der Haushaltsstrukturkommission gebe, die dem Finanzministerium vorlägen und die dem Finanzausschuss nicht vorgelegt worden seien.

Herr Schrödter erwidert, es seien alle Unterlagen übersandt worden, die durch die Ressorts für die Kommission bereitgestellt worden seien und als Beratungsgrundlage gedient hätten.

Abg. Heinold fragt weiter, wie viele Stellen im Landeshaushalt in den Jahren 2011 und 2012 jeweils wegfielen und wie viele davon Lehrerstellen seien sowie warum für die Umweltministerkonferenz für Konferenztechnik ein Betrag von 40.000 € und für sonstige Ausgaben 51.000 € veranschlagt worden seien.

Abg. Herdejürgen fragt, inwieweit das Land mit den Kommunen Verhandlungen über die Frage geführt habe, die kommunalen Mittel für die Förderung der Frauenberatungsstellen ebenfalls in das FAG zu verlagern.

M Wiegard sagt eine schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen zu.

Abg. Heinold macht darauf aufmerksam, dass die Nettokreditaufnahme 2011 und 2012 die alte Kreditobergrenze jeweils um das Dreifache überschreite.

M Wiegard weist darauf hin, dass die Verfassungsgrenze alter Art unter Rot-Grün in keinem Jahr eingehalten worden sei. Der entscheidende Unterschied sei, dass man jetzt auf das strukturelle Defizit abstelle, das man in den Jahren 2006, 2007 und 2008 reduziert habe und das durch steuerpolitische Beschlüsse der letzten zwei Jahre von 800 Millionen auf 1,2 Milliarden € erhöht worden sei.

Der Finanzausschuss nimmt den Finanzplan des Landes, Drucksache 17/803, abschließend zur Kenntnis. Umdruck 17/1046 nimmt er zur Kenntnis. Zu Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen - werden keine Fragen gestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

M Wiegard informiert den Ausschuss darüber, dass er am Wochenende die Verhandlungen mit dem Anbieter einer Steuer-CD beendet habe. Nach mehreren Monaten sei es dem Anbieter nicht möglich gewesen, die geforderte hinreichende Zahl von Datensätzen zur Verfügung zu stellen, sodass man die Werthaltigkeit der Daten nicht habe prüfen können. Man werde auch künftig jedes Angebot im Einzelfall sorgfältig prüfen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer